

Krieg gegen Namen

Zwei Millionen nichtmagyarische Namen in Ungarn sollen verschwinden

Aus Budapest wird uns geschrieben: Vor einiger Zeit wurde in Budapest unter dem Protektorat des Erzherzogs Josef der Namensmagyarisierungsberein begründet, der es sich zur Aufgabe macht, die in Ungarn vorhandenen etwa zwei Millionen nichtmagyarische Namen durch „schönklingende“ magyarische zu ersetzen. Der ungarische Staat hatte die Absicht, bei dieser Namensmagyarisierung auch noch ein gutes Geschäft zu machen, denn jedermann sollte dafür, daß er seinen deutsch oder slawisch klingenden Namen gegen einen einwandfrei magyarischen umtauschte, den Betrag von 24 Pengö bezahlen. Es stellte sich jedoch heraus, daß sich die Träger eines fremden Namens durchaus nicht drängen, diese 24 Pengö zu zahlen.

Seit Sommerende greift nun auch der Staat in dieser Frage sehr nachdrücklich ein. Wurde bisher nur „anempfohlen“, seine gutmagyarische Gesinnung auch durch einen magyarischen Namen zu dokumentieren, so wird nunmehr ein scharfer Druck auf alle irgendwie vom Staate oder den Kommunen abhängigen Existenzen ausgeübt, wobei man sich auf eine Verordnung des Innenministers beruft.

Der Bürgermeister von Budapest hat am 16. Oktober unter Zahl 10134 eine Verordnung erlassen (deren Ausfertigung lächerlicherweise von einem Beamten mit dem rein magyarischen Namen Töpfer unterzeichnet ist), in der alle Leiter städtischer Ämter, Institute, Betriebe und Schulen darauf aufmerksam gemacht werden, daß es ihre Pflicht ist, alle ihre Untergebenen in schärfster Weise auf die Namensmagyarisierung aufmerksam zu machen. Der Bürgermeister legt größten Wert darauf, daß alle Beamten und Angestellten der Hauptstadt einen magyarischen Namen führen, um auch äußerlich ihren vaterländischen Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Um es den Trägern eines nichtmagyarischen Namens leichter zu machen, diesen zu verändern, sind die Gebühren um 90 n. S. gesenkt worden und wer ein Amtszeugnis beibringen in der Lage ist, braucht nur 24 Heller Stempelgebühr zu erlegen.

In Budapest beginnt sich bereits der behördliche Druck fühlbar zu machen. Bis zum 30. November haben alle Ämter, Betriebe und Schulen zu melden, wer noch einen fremdklingenden Namen unter den Beamten und Angestellten führt. Selbst wer die magyarischen Methoden nicht kennt, kann sich vorstellen, was die Folge einer Meldung ist, der und jener habe seinen Namen noch immer nicht magyarisiert. Es gibt in Ungarn einen Paragraphen, nach welchem man ohne Grundangabe nach einem Jahr aus dem Dienst entlassen werden kann, falls man national nicht unbedingt zuverlässig erscheint. Im Polizeidienst wird nur

der befördert, der einen magyarischen Namen hat. Sportleute dürfen im Auslande nur mit magyarischen Namen auftreten. Der Feldwebel teilt dem Soldaten seiner Kompanie, die noch keinen „gutmagyarischen“ Namen haben, einen solchen beim Rapport ganz einfach zu. Wer von den Arbeitern der Eisenbahnwerke Nord bis zum 30. Oktober seinen Namen noch nicht magyarisiert hatte, wurde fristlos entlassen. In den Schulpausen „begeistern“ die Lehrer ihre Schüler dazu, den Namen ihrer Väter abzulegen. So konnte ein Handelschulprofessor am 5. November melden, daß 72 seiner Schüler ihre Namen verändert hätten. Wer Gemeindevorsteher, Welter oder Geschworener werden will, dem wird ebenfalls „nahgelegt“. „Freiwillig“ seinen Namen zu magyarisieren. In jedem Jahre sollen 400—500 000 der zwei Millionen nichtmagyarischer Namen verschwinden, so daß also von einem Fünffjahresplan der Magyarisierung gesprochen werden kann. Was würde wohl die Welt sagen, wenn z. B. Deutschland versuchen wollte, einen ähnlichen Vorstoß gegen die nichtdeutschen Namen zu unternehmen, welches Wutgeheul würde über die ganze Erde hinwegbrausen.

Die 600 000 Deutschen Ungarns sehen mit äußerster Bestürzung auf diesen neuen Feldzug, der sich nicht zulezt auch gegen sie und ihre 400 Dörfer richtet, in denen die Entdeutschung vorwärts schreitet, da keine der angeblich deutschfreundlichen Regierungen — weder Graf Bethlen noch Gömbös — bisher die Kraft aufbrachte, den Komitatsdespoten klarzumachen, daß die Minderheitenschulaesetzung nicht nur auf dem Papier stehen darf, sondern durchzuführen werden muß. Sind erst die guten, deutschen Namen beseitigt, dann kann niemand mehr die Forderung aufstellen, deutsche Minderheitenschulen zu erhalten, denn wer einen magyarischen Namen trägt, ist eben Magyar und er beginge Hochverrat, wollte er eine deutsche Schule fordern.

*

Im „Pesti Hirlap“ stellt Dr. Kik fest, daß in Ungarn etwa 60 v. S. der in die Verzeichnisse der einzelnen Berufe aufgenommenen Namen fremd sind. Es müsse gesetzlich ausgesprochen werden, daß jeder, der ein Amt, eine Anstellung, einen Gewerbebescheinigung will, nicht nur ungarischer Staatsbürger sein, sondern auch einen ungarischen Namen haben müsse, sonst laufe Ungarn Gefahr, daß man die meisten Städte, selbst Budapest, unter dem Vorwand Ungarn wegnehmen werde, daß die Mehrheit der Bevölkerung ihrem Namen noch nicht ungarisch sei. „Pesti Hirlap“ erinnert an jene Männer, die schon vor langer Zeit verkündeten, daß die Sprachgrenzen einst Landesgrenzen sein werden und daß man daher magyarisieren und die ungarische Sprachgrenze hinauschieben

müsse. Die Zerstückelung Ungarns habe die Richtigkeit dieser Auffassung in furchtbarer Weise bestätigt. Der Leiter der Aktion zur Magyarisierung der Familiennamen, Dr. E. Lengyel, berichtet im „Pesti Naplo“ über den bisherigen Erfolg. Bei der Genesermerie sei die Aktion bereits beendet. Die Besuche von Mitgliedern der Polizei werden bis Ende November im Innenministerium eingelaufen sein. Die Post und das Statistische Amt verhielten sich musterhaft. Von Beamten der Staatsbahnen würden bis Ende des Jahres 15 000 Besuche um Namensänderung erwartet. Beim Militär gehe die Aktion weniger gut vorwärts. Die Generale wollen ihre Namen nicht magyarisieren. Dies habe einen schlechten Einfluß auf die Subalternoffiziere und die Mannschaft gehabt. Auch in den Kreisen der Verwaltungsbeamten stimme nicht alles. Dr. Lengyels Meinung nach wird man vier Millionen Namen magyarisieren müssen. Selbst wenn man täglich 500 Besuche erledigte, müßte die ganze Aktion 40 Jahre dauern. Dr. Lengyel verlangt darum, daß das Innenministerium noch 50 Beamte einstelle!